

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. Januar 1994
am Donnerstag, dem 20. Januar 1994

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	29, 30	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	54
Blunck, Lieselott (Uetersen) (SPD)	47, 48	Marienfeld, Claire (CDU/CSU)	14, 15
Duve, Freimut (SPD)	18, 19	Mehl, Ulrike (SPD)	10, 11
Erler, Gernot (SPD)	27, 28	Dr. Niese, Rolf (SPD)	45, 46
Eylmann, Horst (CDU/CSU)	49, 50	Ostertag, Adolf (SPD)	51, 52
Frankenhauser, Herbert (CDU/CSU)	36	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	1, 2
Gallus, Georg (F.D.P.)	31	Dr. Riedl, Erich (München) (CDU/CSU)	34, 35
Gansel, Norbert (SPD)	42, 53	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	39
Göttsching, Martin (CDU/CSU)	5, 6	Schmidt, Renate (Nürnberg) (SPD)	4
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	7, 8	von Schmude, Michael (CDU/CSU)	66, 67
Iwersen, Gabriele (SPD)	55, 56	Dr. Schnittler, Christoph (F.D.P.)	20, 21
Jäger, Claus (CDU/CSU)	22, 23	Schütz, Dietmar (SPD)	40, 41
Dr. Janzen, Ulrich (SPD)	64, 65	Steen, Antje-Marie (SPD)	60, 61
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz (SPD)	62, 63	Stiegler, Ludwig (SPD)	37, 38
Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Wallow, Hans (SPD)	57, 58
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	25, 26	Wieczorek-Zeul, Heidemarie (SPD)	16, 17
Kubatschka, Horst (SPD)	12, 13	Wittmann, Simon (Tannesberg) (CDU/CSU)	24
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	3, 9	Zierer, Benno (CDU/CSU)	44
Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	43, 59		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

1. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.)
Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen und publizistischen Wettbewerbs die Pläne der TELEKOM, sich an der Betreibergesellschaft der marktbeherrschenden ASTRA-Satelliten, der Société Européenne des Satellites (SES), „repräsentativ“ zu beteiligen sowie gemeinsam mit der Bertelsmann AG, der Kirch-Gruppe und dem ZDF ein Unternehmen für Pay-TV und interaktive Medien-Dienstleistungen zu gründen?
2. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.)
Welche Folgen erwartet die Bundesregierung von der geplanten Kapitalverflechtung zwischen TELEKOM und SES für die deutsche Satellitenpolitik, insbesondere für die bisherige Beteiligung der TELEKOM an Eutelsat und an deren Projekt des „Hot-Bird-Plus-Satelliten“?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

3. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
Welche Formen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Ausbildungshilfe bestanden 1993 mit der Republik Zaire, und beabsichtigt die Bundesregierung, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Ausbildungshilfe mit der Republik Zaire zukünftig fortzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

4. Abgeordnete
Renate Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
Ist die Berichterstattung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 13. Januar 1994 zutreffend, nach der Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Kritik des Bundesministers der Finanzen, Dr. Theo Waigel, an der Antwort des Bundesministeriums der

Justiz auf die Kleine Anfrage „Anwaltschaftliche Pacht- und Sozietätsverträge“ (Drucksache 12/6519) teilt, und ist der Bundeskanzler folglich der Meinung, daß ein Vertrag zulässig ist, der beinhaltet, daß der Inhaber eines öffentlichen Amtes, der nach den für ihn einschlägigen Verfassungsbestimmungen keinen Beruf, kein Gewerbe und keine bezahlte Tätigkeit ausüben darf, sich für seine vereinbarte Aufnahme in eine Anwaltssozietät zusagen läßt, daß die von dem Inhaber des öffentlichen Amtes während der Zeit, in der er das öffentliche Amt bekleidete, der Sozietät zugebrachte „Mandantenstamm“ bei der Bemessung der sogenannten Sozietätsquote berücksichtigt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

- | | |
|--|--|
| 5. Abgeordneter
Martin
Göttsching
(CDU/CSU) | Sind der Bundesregierung Fälle in den neuen Bundesländern bekannt, bei denen Personen Bergbaurechte zu Flächen erhalten, deren Eigentümer sie nicht sind? |
| 6. Abgeordneter
Martin
Göttsching
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um denen, die Eigentum an Grund und Boden besitzen, zu ihrem Recht zu verhelfen, wenn die Bergbaurechte anderen übergeben worden sind? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

- | | |
|--|--|
| 7. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse und Zahlen darüber vor, wie hoch die Krankheits-Durchschnittsquoten im Vergleich von Teilzeitbeschäftigten zu Vollzeitbeschäftigten – ggf. in den einzelnen Beschäftigungszeigen – sind? |
| 8. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung Zahlen über Unterschiede hierzu zwischen den einzelnen Bundesländern nennen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

9. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Wie ist der Stand in der Frage der Genehmigung des Lufttransports von radioaktivem Plutonium vom Frankfurter Flughafen in die schottische Atomzentrale Dounreay, und hält die Bundesregierung an ihrer Absicht fest, den Abtransport radioaktiven Plutoniums aus dem Bundesbunker in Hanau nach England per Lufttransport durchzuführen?
10. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht das Naturschutzprojekt „Kossautal“ noch in diesem Jahr in das Gewässerrandstreifenprogramm aufzunehmen, und wenn ja, ab wann?
11. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung eine Prüfung dieses Projektes beim Bundesamt für Naturschutz beantragt, und welche Gründe können dazu führen, daß das Kossautal nicht in das Programm aufgenommen wird?
12. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Reaktor-Sicherheits-Kommission am 18. Januar 1994 zum Thema „Wasserstoff-Abbau im Sicherheitsbehälter von Druckwasserreaktoren“ in einer nicht-fachöffentlichen Sitzung tagt, und hält die Bundesregierung das Spektrum des Sachverständigen für breit genug, um dem Thema angemessen und ausgewogen gerecht zu werden?
13. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Ergebnisse einer noch unveröffentlichten Studie von Mitarbeitern des Bundesgesundheitsamtes (BGA) in Berlin-Karlshorst bestätigen, nach der im Untersuchungszeitraum 1979 bis 1988 die Leukämiehäufigkeit bei Kindern, die im nahen Umkreis bestimmter ostdeutscher Atomanlagen (Rossendorf, Rheinsberg, Greifswald) wohnten, erhöht gewesen sein soll, und welche Konsequenzen zieht sie daraus insbesondere für die Menschen, die in der Nähe der noch nicht abgeschalteten bundesdeutschen Kernkraftwerke leben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

- | | |
|--|--|
| 14. Abgeordnete
Claire
Marienfeld
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung Risiken für Reisen deutscher Bürger nach Nord-Zypern? |
| 15. Abgeordnete
Claire
Marienfeld
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß der Besuch Nord-Zypers zu Konsequenzen bei einer späteren Einreise nach Griechenland führen kann? |
| 16. Abgeordnete
Heidemarie
Wieczorek-Zeul
(SPD) | Plant die Bundesregierung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) die Frage der Rüstungsexportkontrolle in den Rang einer „Gemeinsamen Aktion“ der Europäischen Union zu erheben bzw. ist ein derartiges Verfahren in der Europäischen Union geplant? |
| 17. Abgeordnete
Heidemarie
Wieczorek-Zeul
(SPD) | Wann sollte gegebenenfalls die Entscheidung über die Frage, ob eine Gemeinsame Aktion verwirklicht wird, im Rat getroffen werden? |
| 18. Abgeordneter
Freimut
Duve
(SPD) | In welcher Form hat die Bundesregierung darauf reagiert, daß erstmals seit dem Atomschlag gegen Hiroshima ein führender Politiker einer großen Atommacht, der Russe Wladimir Schirinowski, Deutschland und Japan mit einem atomaren Erstschlag bedroht hat? |
| 19. Abgeordneter
Freimut
Duve
(SPD) | Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die Kontakte von Dr. Gerhard Frey zu Wladimir Schirinowski vor, und ist Dr. Gerhard Frey von deutschen Sicherheitsbehörden invernommen worden, nachdem Wladimir Schirinowski seine atomaren Kriegsdrohungen gegenüber Deutschland ausgesprochen hatte? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 20. Abgeordneter
Dr. Christoph
Schnittler
(F.D.P.) | Wie groß wäre die Zahl der Bundesministerien, die in Bonn verbleiben, der in Bonn zu schaffenden Dienststellen derjenigen Bundesministerien, die nach Berlin umziehen, der in Bonn ohnehin verbleibenden übrigen Bundeseinrichtungen und |
|---|--|

der zusätzlich nach Bonn zu verlagernden Bundeseinrichtungen aufgrund des Gesetzentwurfes des Bundesministeriums des Innern vom 29. November 1993 zur Umsetzung des Berlin-Beschlusses?

21. Abgeordneter
**Dr. Christoph
Schnittler**
(F.D.P.)

Wie will die Bundesregierung der Gefahr begegnen, daß es in Zukunft auf Grund dieses Gesetzentwurfes und insbesondere der Festlegung eines besonderen Status von Bonn als „Bundesstadt“ und der Doppelpräsenz der Bundesministerien in Berlin und Bonn realiter zwei Hauptstädte in Deutschland geben wird, mit allen daraus erwachsenden nachteiligen Konsequenzen für die zukünftige deutsche Politik und mit einem zeitlich unbegrenzten Anstieg der Verwaltungskosten?

22. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)

Wie viele strafbare Gewalttaten gegen wehrlose Behinderte sind im Jahr 1993 bekannt geworden, und trifft es zu, daß solche Straftaten in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben?

23. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung gegen zunehmende Gewalttaten gegen wehrlose Behinderte zu ergreifen, und gehört dazu auch eine Verschärfung des Strafrechts?

24. Abgeordneter
**Simon
Wittmann
(Tännesberg)**
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat das „Erste Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms“ auf die Beihilfeberechtigung von studierenden Beamtenöhnen, und in welcher Weise will die Bundesregierung die Beihilfevorschriften ändern, um diese Auswirkungen abzuschwächen?

25. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)

Sind der Bundesregierung Informationen, Unterlagen, Aufzeichnungen oder Akten über den ehemaligen schleswig-holsteinischen Oppositionsführer bzw. Ministerpräsidenten Björn Engholm bekannt, die durch nachrichtendienstliche Stellen geführt worden sind?

26. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)

Wurden durch die Bundesregierung Mitglieder der Fraktion der SPD von nachrichtendienstlichen Aufzeichnungen über Björn Engholm informiert?

27. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, daß Neonazi-Gruppen weiter offen persönliche Daten über politisch Andersdenkende sammeln, wozu u. a. ein „Nationales Info-Telefon“ und Postfachadressen eingesetzt werden und wobei der Verdacht besteht, daß damit nach dem bekannten Muster der zum Terror auffordernden Broschüre „Der Einblick“ weiter Vorbereitungen für gegen Personen gerichtete Angriffe durch Rechtsextremisten getroffen werden?
28. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche juristischen und politischen Mittel wird die Bundesregierung anwenden, um solche bedrohlichen Aktivitäten der rechtsextremen Szene zu unterbinden und damit Bürger vor Übergriffen zu schützen, die mit solchen Datensammlungen vorbereitet werden könnten?
29. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Was haben die vom Bundesministerium des Innern erlassenen Verbote gegen rechtsextremistische Vereinigungen bewirkt, und welche Auswirkungen auf die Organisationsstrukturen derartiger Vereinigungen können festgestellt werden?
30. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung die Reaktivierung der Grenzschutzdienstpflicht nach § 49 Bundesgrenzschutzgesetz beschließen, um die notwendigen Maßnahmen zur Grenzsicherung – insbesondere mit Blick auf die große Anzahl illegaler Einreisen – erheblich intensivieren zu können?
31. Abgeordneter
Georg Gallus
(F.D.P.)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber erteilen, inwieweit durch den Einsatz elektronischer Abhörmittel beim Kampf gegen das organisierte Verbrechen in Italien Erfolge erzielt worden sind?
32. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Dienststellen des Bundes oder – nach Kenntnis der Bundesregierung – der Länder haben am 3. Oktober 1990 jeweils welche ehemals vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR genutzten Objekte übernommen?
33. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Von wem wurden bzw. werden diese Objekte seither jeweils wie genutzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

34. Abgeordneter
Dr. Erich Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Haben die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger oder deren Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter vor der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der SPD, Dr. Hans-Jochen Vogel, Renate Schmidt (Nürnberg) u. a. (Drucksache 12/6360), Gespräche mit der bayerischen F.D.P.-Landtagsabgeordneten Frau Hiersemenzel und/oder deren Ehemann über den in dieser Anfrage abgefragten Sachverhalt geführt, und gab/gibt es sonstige Kontakte in diesem Zusammenhang zwischen dem Bundesministerium der Justiz und den genannten Personen?
35. Abgeordneter
Dr. Erich Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Warum hat das Bundesministerium der Justiz, obwohl es sich in der Beantwortung der Kleinen Anfrage (Drucksache 12/6519) für unzuständig erklärt hat, nicht mit der zuständigen Landesjustizverwaltung Kontakt aufgenommen?
36. Abgeordneter
Herbert Frankenhauser
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die früheren Bundesminister Dr. Hans-Jochen Vogel und Hans Engelhard während ihrer Tätigkeit in der Bundesregierung als Rechtsanwälte zugelassen und somit in dieser Zeit Rechtsanwalts-Sozietäten angehörten, und wenn ja, sind der Bundesregierung die Vertragsgestaltungen dieser Fälle bekannt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

37. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Umsatzsteuer auf Computersoftware infolge der Umsetzung der EG-Computerrichtlinie im Urheberrechtsgesetz sich auf 7 v. H. ermäßigt hat, weil es sich dabei um die Übertragung von Rechten handelt, die sich aus dem Urheberrechtsgesetz ergeben, und was wird die Bundesregierung veranlassen, um ggf. zuviel gezahlte Umsatzsteuer an die Endverbraucher zurückzuzahlen?

38. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Pressemeldungen, wonach 20 ehemalige Beschäftigte des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr infolge „unsachgemäßen Umgangs mit schadstoffbelasteten Munitionskisten an Krebs gestorben“ sind, und was wird sie unternehmen, um den diesen Vorwürfen zugrunde liegenden Sachverhalt mit den US-Streitkräften aufzuklären?
39. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen, die Mehrwertsteuersätze für Medikamente in Deutschland auf den Schnitt der EU-Länder zu senken?
40. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretene Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für Diesel-Pkw von 22,10 DM auf 29,60 DM je 100 ccm Hubraum auf mehr als das Doppelte der Kfz-Steuer für einen Benziner vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Dieselmotoren aufgrund ihres Minderverbrauchs und des geringeren Schadstoffausstoßes bei weitem umweltfreundlicher sind als Ottomotoren?
41. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der entwickelten Diesel-Technologie eine wichtige Bedeutung im Umwelt- und Klimaschutz zukommt, und wie gedenkt sie, den Minderverbrauch von Dieselmotoren zumindest nicht mehr steuerlich zu bestrafen?
42. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung nach Abschluß des Strafverfahrens gegen S., in dem die Einzelheiten der betrügerischen Vorsteuererstattungen in Höhe von 200 Millionen DM bekanntgeworden sind, nunmehr in der Lage (vgl. meine schriftliche Frage 38 in Drucksache 12/6255), praktische Konsequenzen bzw. Konsequenzen in der Gesetzgebung vorzuschlagen, damit sich Betrügereien zu Lasten der Allgemeinheit in einem solchen Umfang nicht wiederholen können?
43. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Existenz einer besonderen Lohnsteuertabelle für nicht sozialversicherungspflichtige Gehaltsempfänger wie Beamte, Soldaten und Versorgungsempfänger, nach der „besonderen Lohnsteuertabelle“ parallel zur „allgemeinen Lohnsteuertabelle“ für nichtsozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, und mit welchen Argumenten rechtfertigt die Bundesregierung diese Ungleichbehandlung, die auch Auswirkungen auf den Solidaritätszuschlag hat?

44. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)

Bestehen bereits steuerrechtliche oder sonstige Regelungen oder plant die Bundesregierung solche Regelungen für die vergleichsweise wenigen Fälle, in denen Autofahrer nach dem Ergebnis der Abgasuntersuchung den Katalysator ihres Pkw ganz erneuern (müssen), um die finanzielle Last der plötzlichen Geldausgabe von 2000 DM bis 3000 DM für einen neuen Katalysator zu mildern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

45. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Niese**
(SPD)

Ist es zutreffend, daß die Rinderseuche BSE mit der Nahrung nicht nur auf rinderartige Tiere (Boviden) sondern auch spontan auf Tiere, die der Familie der Feliden angehören, übertragen wurde, und wie hoch schätzt die Bundesregierung aufgrund dieser neuen Erkenntnis die Gefahr einer spontanen Übertragung von BSE auch auf die Familie der Primaten, einschließlich des Menschen, ein?

46. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Niese**
(SPD)

Welche zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen außerhalb der derzeit bestehenden Gemeinschaftsmaßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um eine weitere Verbreitung von BSE auf Tiere und möglicherweise auch auf Menschen zu verhindern?

47. Abgeordnete
**Lieselott
Blunck
(Uetersen)**
(SPD)

Für welche anderen Organisationen/Projekte – außer den Verbraucherzentralen – wurden 1993 seitens des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aus Kapitel 1002 Titel 68424 welche Zuwendungen (Höhe der Beträge) geleistet?

48. Abgeordnete
**Lieselott
Blunck
(Uetersen)**
(SPD)

Welche Veränderungen sind in diesem Zusammenhang für 1994 hinsichtlich dieser Zuwendungsempfänger/Projekte – außer Verbraucherzentralen – geplant?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

49. Abgeordneter
Horst Eylmann
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hatte nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in anderen westeuropäischen Ländern auf die Struktur des dortigen Einzelhandels?
50. Abgeordneter
Horst Eylmann
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die im Einzelhandel vielfach geäußerte Sorge für berechtigt, die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ginge zu Lasten des mit relativ teurem Fachpersonal arbeitenden Fach-Einzelhandels und würde deshalb einer weiteren Konzentration im Einzelhandel Vorschub leisten?
51. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Wie entwickelte sich in den letzten drei Jahren der prozentuale Anteil der Jugendlichen, die nach Abschluß ihrer beruflichen Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen wurden, und welche Ursachen sind nach Ansicht der Bundesregierung für diese Entwicklung verantwortlich?
52. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch konkrete Maßnahmen dazu beizutragen, daß Auszubildende sowohl im Interesse ihrer Lebensperspektiven als auch zu Abwendung des drohenden Facharbeitermangels nach Abschluß ihrer Lehre eine qualitativ angemessene Stelle erhalten können?
53. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Schätzung der Gewerkschaft IG Bau-Steine-Erden, daß auf Baustellen in Deutschland etwa 500 000 Schwarzarbeiter beschäftigt seien, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in bezug auf Arbeitgeber, die Schwarzarbeiter beschäftigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

54. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Was ist der Hintergrund für die Auflösung des erst am 1. Oktober 1992 beim Verteidigungs-Bezirks-Kommando 67 in Bayreuth aufgestellten Heimatschutzbataillons 662, für das ca. 900 Reservisten

- aus Oberfranken mobeingeplant sind, und welche Konsequenzen hat die Auflösung des Heimatschutzbataillons 662 zum 30. September 1994 für die oberfränkischen Reservisten?
55. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD) Kann die Bundesregierung zuverlässige Angaben machen, wann das Marineamt von Wilhelmshaven nach Rostock verlegt wird?
56. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD) Wie viele Dienstposten sind nach aktueller Planung von der Verlegung des Marineamtes von Wilhelmshaven nach Rostock betroffen?
57. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD) Wie viele Besucher (Politiker, Beamte, Journalisten usw.) haben bei der Besichtigung des Bundeswehrkontingentes in Somalia welche Kosten (Flug, Verpflegung, Unterkunft usw.) zu Lasten der Steuerzahler verursacht?
58. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD) Welche kostenpflichtigen und kostenlosen Maßnahmen hat das Bundesministerium der Verteidigung zur Darstellung des Bundeswehreinsatzes in Somalia im Rahmen seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Inland durchgeführt?
59. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD) Falls die Bundesregierung die Lieferung von 5 000 Tonnen Munition an die indonesische Marine bestätigt, für welche Waffensysteme ist diese Munition bestimmt, und handelt es sich dabei um alte NVA- oder neugefertigte Munition?
60. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD) Welche Beschlüsse bilden die Grundlage, daß durch die Ferostaal GmbH in Neustadt/Ostholstein Ausbildung und technische Unterweisung von indonesischen Marinesoldaten stattfinden, und entspricht es den Tatsachen, daß dieses dazu dient, die 39 Schiffskapazitäten aus den ehemaligen NVA-Beständen zu überführen bzw. in Indonesien ständig zu besetzen?
61. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD) Falls die Bundesregierung Auskunft geben kann über den finanziellen Aufwand, der der Ferostaal GmbH durch die Aufgabe entsteht, durch welche Steuermittel und in welcher Höhe werden diese Kosten der Ferostaal GmbH erstattet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

62. Abgeordneter
**Dr. Karl-Heinz
Klejdzinski**
(SPD)

Ist der Bundesregierung die Untersuchung des TÜV Bayern bekannt, wonach Untersuchungen an Berufskraftfahrern ergeben haben, daß etwa 20% der Führerscheinbesitzer, die seit 20 oder mehr Jahren über eine Fahrerlaubnis verfügen, ohne es zu wissen ein eingeschränktes Sehvermögen haben, und hält die Bundesregierung es angesichts des hohen Anteils von sehgeschädigten Kraftfahrzeugführern für angemessen, eine Ergänzung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, wonach sich Führerscheininhaber vom 40. Lebensjahr an regelmäßig einer augenärztlichen Untersuchung unterziehen sollten und die Bescheinigung darüber im Rahmen der Regulierung eines Verkehrsunfallschadens der Kfz-Versicherung vorlegen müssen, um mit dieser Maßnahme die Verkehrssicherheit insgesamt zu erhöhen?

63. Abgeordneter
**Dr. Karl-Heinz
Klejdzinski**
(SPD)

Welche Gründe waren für die Bundesregierung maßgeblich, für die Bundeswehr Ausnahmen von § 32c der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung zuzulassen, wenn es darum geht, daß bereits im Verkehr befindliche Lkw und Zugmaschinen mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von mehr als 25 km pro Stunde und ihre Anhänger, wenn ihr zulässiges Gesamtgewicht jeweils mehr als 3,5 t beträgt, an beiden Längsseiten mit Schutzvorrichtungen ausgestattet sein müssen, wobei diese Schutzvorrichtungen verhindern sollen, daß Fußgänger, Rad-, Kraftradfahrer seitlich unter das Fahrzeug geraten und dann von den Rädern überrollt werden können?

64. Abgeordneter
**Dr. Ulrich
Janzen**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der sich im Verlauf der B 96 befindliche Rügendamm im Bereich der Strelasundbrücke ab Februar 1994 grundsaniert werden soll und daß die Bauarbeiten hieran ein ganzes Jahr in Anspruch nehmen werden?

65. Abgeordneter
**Dr. Ulrich
Janzen**
(SPD)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um diesen mit erheblichen Verkehrseinschränkungen verbundenen Bauablauf trotz einer geplanten Sommerpause gravierend zu verkürzen?

66. Abgeordneter
**Michael
von Schmude**
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Oberverwaltungsgericht Schleswig durch eine einstweilige Anordnung die Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg — Flensburg gestoppt hat, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den durch Versäumnisse des Landes Schleswig-Holstein verursachten Baustopp kurzfristig wieder aufheben zu lassen?

67. Abgeordneter
**Michael
von Schmude**
(CDU/CSU)

Ist das Land Schleswig-Holstein im Rahmen der Auftragsverwaltung für die Bundesrepublik Deutschland allein verantwortlich für die Nichteinhaltung von Vorschriften im Genehmigungsverfahren, und wer trägt zusätzliche Kosten, die durch die Verzögerung der Baumaßnahme entstehen?

Bonn, den 14. Januar 1994

